
FORUM

Hermann Josef Wallraff SJ: Deutsche Gewerkschaften und ihre künftigen Partner

Prof. Dr. Hermann Josef Wallraff SJ, geboren 1913 in Frauwüllesheim über Düren, ist Professor für Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt.

Nun schon rund fünf Generationen hindurch variiert man in der Welt der wirtschaftlich bedeutsamen Gebilde, Prozesse und Ideen auffallend unentwegt das Thema Arbeit. In der Weise eines Kontrastes: Arbeit und Kultur, Muße und Arbeit; im Duo, das offen bleibt: Arbeit und Mensch, Arbeit und Leben, Arbeit und Recht, Recht auf Arbeit; in raschen Verdichtungen: Arbeit — Arbeitender — Staat, Arbeit und Zukunft, Arbeit und Fortschritt, Spiritualität der Arbeit, Theologie der Arbeit; durch ausdrückliche Identifikationen: Menschsein heißt arbeiten, Kompetenzen resultieren nur aus Arbeit und Leistung.

Keineswegs klingt also das Thema Arbeit nur in der Nähe der Arbeitsplätze an, in den Werkstätten, Verwaltungen und Außendiensten; auch nicht nur im Arbeitsrecht, im Tarifvertrag und im Arbeitsvertrag. Alle Konzeptionen, Weltanschauungen, Ideologien und Religionen haben sich daran gemacht, das Motiv Arbeit durchzuspielen.

Auf der Ebene der alltäglichen Probleme ist das Sujet zur Zeit vor allem eingebunden in die unübersehbare Zahl der Anregungen zur Beschäftigungspolitik. Der Beschäftigungssituation ist nie zuvor eine solche Aufmerksamkeit gewidmet worden wie nun. Auch 1967 nicht, als der Gesetzgeber Bund und Länder dazu verpflichtete, auf einen hohen Beschäftigungsgrad zu achten, das relevante Gesetz jedoch durchaus nicht nach dieser Aufgabe benannte; überschrieben und bekannt wurde die Regelung durch den Titel „Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums.“ Noch früher stand die Arbeit vollends nicht im Zentrum des Blickfeldes; auch damals sah alle Welt, daß sie notwendig sei; am besten aber sei sie stumm wie andere Produktionsfaktoren und austauschbar wie Rohstoffe und Halbstoffe, so meinte man.

Mittlerweile akzentuiert selbst das an sich so konservative Papsttum die Bedeutung der Arbeit; daß der Arbeitende Person sei, hat es immer hervorgehoben. Neuerdings aber fügt das Papsttum wertgeladene Begriffe, die traditionell den Arrivierten gedient haben, betont dem Begriff der Arbeit hinzu. Das Ergebnis ist ein Ideenverbund von hoher Sprengkraft. Zum Beispiel wird die Assoziation zwischen dem Worte „eigen“ und den Phänomenen Eigentum, Eigentumsordnung, Eigentumsrecht, Eigentümer dadurch aufgelockert, daß die Gedankenverbindung „eigene Arbeit“, „eigenständig durch Arbeit“ mehrfach abgewandelt wird. Basis der gängigen Familie, so heißt es, sei die Arbeit ihrer Mitglieder. Es ist von spezifischen Grundrechten der Arbeitenden die Rede. Die Persönlichkeit des Menschen, die ihn zum Zentrum von Abwehrrechten und namentlich zum Träger von Aktivrechten macht, tritt am deutlichsten in Herrn Jedermann zutage; Person ist der Arbeitende, der Bauer, der Handwerker, der Mitarbeiter, der Gestaltende. Der Arbeitende, das Subjekt der Geschichte.

Nicht nur auf der Ebene der Ideen, sondern auch im Bereich der Realien hat sich der Akzent verschoben, und verschiebt er sich weiter. Auch hier wandert er hinüber zur Arbeit und zu den Arbeitenden.

Schon bedingt durch ihre schulische, arbeitstechnische und berufliche Vorprägung ist die große Zahl der Arbeitenden anders gestellt als es noch deren Väter gewesen sind. Die tarifbedingten und die zusätzlichen Bezüge geben mittlerweile mehr Halt. Wenn auch vorerst noch keineswegs überall kommen die Mitarbeiter zu Wort. Zu allem setzen sich die angedeuteten Trends und deren Analogien offenbar fort. Von Dekade zu Dekade, so zeichnet es sich ab, rücken Arbeit und Arbeitende deutlicher in das Zentrum des Geschehens.

Freilich sind der tätigen Mitbürger in einer modernen Wirtschaftsgesellschaft so viele, daß sie vor Ort ihre Aktivrechte jeweils durch Repräsentanzen zum Zuge bringen müssen. Basisdemokratisch lassen sich nur kleine Guppen und Gebilde füh-

ren, nicht jedoch größere Unternehmen, Betriebe und Dienststellen. Die Epoche der Arbeit und der Arbeitenden wird ausgeprägter als jede frühere eine Ära der Repräsentanzen sein. Fürsten, Grafen und Barone bedurften der beauftragten Wortführer in der Regel nicht; die Großbürger bedurften ihrer selten; die Publikums-AG kommt schon ohne solche nicht mehr aus. Auf Schritt und Tritt bedient sich die nun mitkompetente und kompetente Arbeitnehmerschaft eigener Organe, hauptberuflicher und ehrenamtlicher, starker und weniger starker.

Namentlich die stärkste aller Repräsentanzen der Arbeitnehmer, die Gewerkschaft, dürfte für die Epoche der Arbeit so charakteristisch sein wie die Arbeit selbst; charakteristisch für die gesamte Ära, also auch für deren noch ausstehende Gestalt.

Daß die deutschen Gewerkschaften jetzt schon ziemlich tief in die sozioökonomischen Strukturen integriert sind, in deren Nähe und zwischen denen sie sich vorangebracht haben, ist kein Geheimnis. In besorgten Schichten geht sogar das Wort von der Macht der Gewerkschaften um. In der Tat läßt sich kaum noch aufzählen, über welche Gremien und Kontakte diese Verbände mitmischen, direkt oder indirekt, wenn auch dem eigenen Befund nach nicht hinreichend stark. Ein unvordenklicher Begriff wird neuestens auf die deutschen Gewerkschaften angewendet. Es heißt, sie seien in der BRD allgegenwärtig; keine der wirtschaftspolitischen Aktivitäten sei operational, solange die Verbände des DGB in ihrer Mehrheit Widerstand leisteten; verkappt zeige sich durchaus eine indirekte Investitionslenkung, bewirkt zum mindesten durch die meinungspolitische Macht der Gewerkschaften. Cassandra-Rufe warnen selbst davor, es könne zu einem Gewerkschaftsstaat kommen, etwa durch eine informelle Unterwanderung von Parlamenten und Regierungen oder auf dem Wege über eine Ausdehnung der qualifizierten Mitbestimmung auf den öffentlichen Dienst.

Nun, manchem Zeitgenossen gefällt es halt, Sorgen zu äußern. Wäre ihm die Geschichte der deutschen Gewerkschaften geläufig, so könnte er sich auf einen ihrer Freunde berufen, auf Theodor Brauer, den Kölner Sozialwissenschaftler, der bereits in den 1920er Jahren den Zeigefinger erhob. Brauer klagte darüber, daß die Verbände seiner Zeit etwas Uferloses an sich hätten, etwas Unbegrenztes; daß sie dabei seien, alles zu wollen. Wären sie nur stärker gewesen, 1932 und namentlich 1933!

Vor dem Hintergrund historischer Parallelen beurteilt, wäre ein Junktim zwischen Gesellschaft und Staatsgewalt nicht einmal unerhört. Hat man es doch vordem einem einzelnen Menschen durchgehen lassen, die Staatsgewalt allein für sich zu requirieren: Der Staat, das bin ich! Und anschließend hat man es hingenommen, als sich allein Besitz und Bildung als die Gesellschaft betrachteten. Daß sich da und

dort heute noch relativ wenige als *die* Wirtschaft verstehen, löst durchaus nicht ein Befremden aus, wie es am Platze wäre.

Selbst wenn sie dies wollten, würde es den derzeitigen deutschen Gewerkschaften in Anbetracht der Entwicklungslinien, die sich auf ihrer Ebene und in ihrem Umfeld abzeichnen, nicht gelingen, allzuständig zu werden. So zahlreich ihre Befugnisse sind oder sein mögen, bis zu jener Möglichkeit lassen sie sich, ob man nun so oder anders extrapoliert, keinesfalls erweitern. Freilich sind es nicht die Arbeitgeber und deren Verbände, die der befürchteten Entwicklung Paroli bieten könnten. Freunde und Verbündete der Gewerkschaften wären es, die sie im Zaume hielten, parallele Repräsentanzen der Arbeitnehmer, wie es sie immer schon neben den Gewerkschaften gab und in der nächsten Phase erheblich zahlreicher geben dürfte.

Früh waren es zum Beispiel die Genossenschaften, die — in aller Freundschaft — den deutschen Verbänden Schranken gezogen haben; dergestalt nämlich, daß auch sie sowohl dem Bedürfnis der Arbeitnehmer nach Solidarität dienten, als auch deren materiellen Interessen. Geblieben ist es zudem von Anfang an bei politischen Parteien, die gerade weil sie den Gewerkschaften zugetan waren und sind, vor Ort zu ihren Rivalen gehören. Diese Auffächerung der Repräsentanzen, die für die Arbeit und für die Arbeitnehmer sprechen, ist von Wegstrecke zu Wegstrecke größer geworden.

Der Kürze wegen seien relevante Phänomene eher aphorismenhaft angedeutet als sorgfältig analysiert und registriert.

In der BRD gehören wie selbstverständlich jeder Bundesregierung Minister und Staatssekretäre an, die sich im Räume der Gewerkschaften die Sporen verdienten, und die den Kontakt zu der Gewerkschaft, aus der sie gekommen sind, mitnichten aufgeben. In ihrer akuten Position sehen die Herren freilich dies und das anders als es die Verbände sehen. Mit dem Ergebnis, daß ihre konkreten Ziele und Methoden nicht immer den Erwartungen der Gewerkschaften entsprechen. Und soweit Erfolge zu verbuchen sind, bucht sie die Seite sich zu, die sie erzielt hat. Das Zueinander ist ein dichtes Syndrom aus zahlreichen Kontakten und seltener Kritik. Es ist Konflikt und Kollegialität zugleich.

Alltäglicher, unauffälliger aber auch nachdrücklicher im Sinne sozialpolitischer Ziele am Werke als es die Minister in Person zu tun vermögen, sind deren fachlich versierte Abteilungen und Referate. Von Jahr zu Jahr haben sich diese weiter aufgliedert und spezialisiert. Sie sind auf kodifizierbare Lösungen bedacht und verfeinern die getroffenen Regelungen durch Hinweis und Kommentar. Kommt es irgendwo im Bereich der Betriebe, der Tarife, der Versicherungen zu einem neuen

Streitpunkt, dann dauert es zumeist nicht lange, bis sich dieser in der Gliederung der Sozial- und Wirtschaftsministerien spiegelt. Hier nimmt man sich seiner gleichsam hauptberuflich an; es ist, als ob mehr und mehr jedes soziale Problem als ein solches eine besondere ministeriale Repräsentanz erhalte.

Analog sind inmitten der Betriebe die Betriebsräte ständig dabei, Fehlentwicklungen, zu denen es zu kommen droht, sofort oder schon im voraus zu verhindern. In originaler Initiative machen die Räte auf Möglichkeiten aufmerksam, die Arbeitsvorgänge humaner ablaufen zu lassen, als es eingespielt ist. In Bewegung bleiben diese Gremien sowohl, weil das Ethos ihrer Mitglieder nach vorne weist als auch, da sie heute eher stärker als gestern genötigt sind, Profil zu zeigen. Die Betriebsräte leben von ihren Erfolgen. Von einzelnen Konstellationen abgesehen, verstehen sie sich nicht als Außenstelle jener Gewerkschaft, der sie zugetan sind. Die Beziehungen herüber und hinüber sind im Kerne von der Art, wie sie unter Kollegen gebräuchlich sind. Beide konstatieren so gut wie nie, daß der eine dem anderen Konkurrenz macht, obgleich dies für den, der in wohlwollender Neutralität zuschaut, unverkennbar ist. Ob diese Konkurrenz fürderhin eine schärfere sein wird, ist ungewiß; der Fall sein kann es schon.

Kaum noch als Parallele zu den deutschen Gewerkschaften gelten die zahlreichen Institutionen der Erwachsenenbildung und der berufsbegleitenden Fortbildung. Was die Arbeiter betrifft, waren sie freilich lange Zeit ein Tätigkeitsbereich der Gewerkschaften und ihrer Substrukturen; nicht zuletzt blieben diese aufgrund der Schulungsmöglichkeiten, die sie anboten, am Mann. Inzwischen sind es die Städte und Landkreise, die Akademien, Pfarreien und Vereine, die sich der Volkshochschulen - man möchte sagen - bemächtigt haben. Da und dort sind die Gewerkschaften Mitträger; sie kommen in den Programmen vor; eigenes Gewicht aber erhalten sie durch diese Systeme heute kaum.

Um eine Dimension mehr als in der Frühzeit der deutschen Gewerkschaften sind heute Zeitschriften, Zeitungen, Aufschriften, Plakate, Flugblätter und dergleichen Hilfsmittel der sozialen Kritik. Und zugesellt haben sich ihnen die elektronischen Medien. Namentlich letztere tragen skeptische Kommentare und Hinweise Abend für Abend vor, und zwar bis in die Haushalte. Wenn sich die Gewerkschaften melden, ist zumeist schon vieles gesagt, ist der erste Unmut bereits vorbei. Inhaltlich hilft das alles, soweit es darum geht, die Ziele der Gewerkschaften zu verwirklichen; es dient zu seinem Teil dem sozialen Fortschritt; nicht aber dient es den Gewerkschaften als solchen. Sich in Erinnerung zu halten, entgeht diesen manche Möglichkeit.

Nunmehr kristallisieren sich sofort örtliche Projektgruppen heraus, wo Tatbestände oder Absichten sichtbar werden, die als aufreizend gelten, etwa die Rechte

vernachlässigter Minderheiten, die Privilegien ohnehin Arrivierter, eine mangelnde Rücksicht auf das Ganze, abrupte, unzumutbare Änderungen. Der kollektivierte moderne Rechtsanwalt Umsonst ist jeweils rasch zur Stelle. Wenigstens zunächst erübrigt es sich, auf die Gewerkschaften zu warten. Und soweit sie eingreifen, kommen sie nicht umhin, ausgewogener zu reden und zu argumentieren, als es sich Schüler und Studenten erlauben. Vielleicht handelt es sich hier eher um Varianten einer unlauteren Konkurrenz, jedoch um eine solche, der schwerlich beizukommen ist.

Nur mit großer Mühe ist es den deutschen Gewerkschaften gelungen, die paritätische Mitbestimmung durchzuboxen; und nur mit Mühe konnten sie die Versuche neutralisieren, das Erreichte nachträglich taktisch zu unterlaufen. Ohne Zweifel sind die Exponenten der Mitbestimmung nach wie vor darauf angewiesen, daß hinter ihnen starke Gewerkschaften sichtbar sind. Nur erleben die Verbände allmählich, was - bildlich gesprochen - alte Bauern zu erleben pflegten, die gesunde Söhne in die Welt gesetzt hatten. In die Jahre gekommen werden Söhne halb-mündig, mündig, selbstbewußt, unabhängig. Ihr persönliches Profil wird Zug um Zug deutlicher.

Muß nicht gerade die Zugehörigkeit zum Topmanagement eines großen Unternehmens, jedem, der sich auf dieser Höhe bewährt, Ansehen verleihen? In der Tat anerkennt man in den Reihen des DGB die Besonderheit jener Mitglieder, die Arbeitsdirektor geworden sind. Die Befürchtungen bürgerlicher Kreise, die Zentren der Gewerkschaften würden die Herren durch verkappte Formen des imperativen Mandates fernsteuern, haben sich als vorschnell erwiesen. Bei Licht betrachtet ist das Amt des Arbeitsdirektors identisch mit einer autonomen Verantwortung. In deren Wahrnehmung sehen die Inhaber dieser Position die relevanten Probleme gewiß in den großen Linien, in denen das Topmanagement zu denken genötigt ist. Dennoch fangen sie manchen der möglichen Anlässe zu sozialen Spannungen unauffällig im voraus ab, in der Routine alltäglicher Arbeit, durch ein Gespräch mit dem Vorstandskollegen, durch telefonische Kontakte mit den Abteilungsleitern und nicht zuletzt durch die Tatsache, daß jedermann im Unternehmen um sie und um ihre Befugnisse weiß. Im Ergebnis erübrigt sich nicht nur für den Betriebsrat, sondern auch für die innerbetrieblichen Obmänner der Gewerkschaft und für diese selbst diese und jene Aktivität, die anders akut geworden wäre. Bedauerlich ist es nur, daß in gleichem Maße Möglichkeiten der Gewerkschaften entfallen, sich bei den Belegschaften in Erinnerung zu halten.

Neuerdings ist die Frage investiver Löhne bzw. anderer Formen der Kapitalbeteiligung unter dem Aspekt einer beschäftigungspolitisch adäquaten Lohnsteigerung aufgeworfen worden, zumal, soweit an staatliche Zuschüsse zu den privaten Neuinvestitionen gedacht ist. Sollte es zu einem neuen Boom kommen, erhält die Idee

erst recht Sukkurs. Selbst wenn die großen der deutschen Gewerkschaften nach wie vor Distanz halten, dürfte es zu einer ausgedehnteren Beteiligung der einzelnen Arbeitnehmer und der einzelnen Belegschaften an den Kapitalien kommen. Hinter solchen Titeln zeichnen sich jetzt schon und fürderhin Kapitalsammelstellen und Kreditinstitutionen ab, die im Dienste der Beteiligten stehen. Es mag den Gewerkschaften gelingen, einen Teil dieser Gebilde in der Gestalt der Fonds selbst zu verwalten oder über die BfG indirekt auf sich zu beziehen; es resultieren autonome Repräsentanzen der Arbeitnehmer, diesmal insofern sie Kapital ihr eigen nennen. Durch die Aktivität, die solche Zentren entfalten, bemühen sie sich parallel zu den Gewerkschaften. Nicht selten dürften sie ihnen zuvorkommen - ein Gemisch aus Freundschaft und Konkurrenz.

Alle neueren Organe und Wortführer der Arbeitnehmer sind ohne Zweifel darauf angewiesen, daß es weiterhin starke Gewerkschaften gibt. Anders wäre es bald um sie geschehen. Nur trägt es den Gewerkschaften selbst zu wenig ein, daß sie Schutzwall für ihre Kollegen, Freunde und Konkurrenten sind; daß sie ihre Juniorpartner beschützen, gibt ihnen selbst nicht Profil genug.

Welche der den Gewerkschaften verbleibenden Funktionen wird hinreichend stark profiliert sein, um deren Unabdingbarkeit darzutun? Sicherlich die Tarifpolitik, vollends insofern diese durch strukturelle Probleme, wie sie durch die Konkurrenz der Schwellenländer ausgelöst werden, erheblich erschwert sein dürfte.

Immer häufiger fällt der Blick auf das dichte Geflecht weltwirtschaftlicher Potenzen. Die eigene Volkswirtschaft ist offenbar in steigendem Maße eine Funktion externer Aktivitäten. Wohl oder übel ist Bezug zu nehmen auf die OPEC, auf internationale Rohstoffkartelle, auf die Zentren der Eurowährungen, auf die Multis im Bereich von Endproduktion und Handel. Unter diesen „Mächtigen“ fehlt eine ihnen gleichrangige Repräsentanz der Arbeit und der Arbeitenden. Daß sich die zahlreichen inländischen Partner der deutschen Gewerkschaften einzeln oder im Zusammenspiel bis zu einem echten Gegengewicht entwickeln könnten, das anzunehmen, ist Utopie. Leider sind auch nicht wenige Gewerkschaften eher darin geübt, die „Internationale“ zu singen, als international und zwar mit geballter Kraft zu agieren. Glücklicherweise aber gilt es auch, daß drängende Probleme über kurz oder lang Gebilde auf den Plan rufen, die ihnen gewachsen sind; hier Gewerkschaften, die sich im Verbund der Weltwirtschaft ihres Profils erfreuen.